

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Vahren u. der Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) bez. der Kreisverwaltungsstellen bestimmte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich Manz, in Bischofswerda. - Postfach-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64



Ercheinungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich RM. 1.10. beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 4 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)
Zerleger: Kurt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Veröffentlichungen durch höhere Gewalt hat der Zerleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textfeld die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 240 Donnerstag, den 14. Oktober 1937 92. Jahrgang

Tschechische Deutschlandbege

Im Prager Kunstverein „Manes“ wurde eine Ausstellung eröffnet, die tschechische deutschsprachige Karikaturen und Parodien des Führers und des Deutschen Reiches sowie Hitlers enthält. Die Tatsache, daß diese zweisprachige „Kunst“-Ausstellung vom tschechoslowakischen Minister für Schulen und Volksbildung Dr. Franke eröffnet wurde, gibt dieser neuen Prager Ausstellung ein besonderes Gewicht.

Die oben genannte Ausstellung geht vor allem noch dadurch über den gewöhnlichen Rahmen hinaus, daß ihr Schöpfer der Staatspräsident Beneš ist, während der Ministerpräsident sowie eine Reihe von Ministern dem Ausstellungsausschuß als Ehrenmitglieder angehören. Das ist schon allerhand, das sehr wenigstens voraus, daß die Tschechoslowaken sich einigermassen Mühe gibt, so etwas wie eine Rundschau über echte Kunst und wirkliches Kunstschaffen zu veranstalten. Ob das für die Tschechoslowaken leicht oder schwer ist, tut nichts zur Sache, wie wir denn auch nur beiläufig erwähnen, daß tschechische Kunst und tschechische Dichtung, aber auch tschechische Wissenschaft immer anderswoher sich Rufen ausstehen müßten, um überhaupt vorwärts zu kommen. Der Staatspräsident und Ministerpräsident Beneš hat vor dem Kriege viele Bücher, war auch der Herausgeber einer Zeitschrift, die deutsch gedruckt und deutsch geschrieben wurde. Wie denn auch Masaryk selbst seine Bücher in deutscher Sprache drucken und erscheinen lassen mußte, um jeder Verständnis und Beachtung außerhalb der tschechischen Sprachgrenze zu finden.

Rum ist es schon immer so gewesen, daß, wenn in der Tschechei oder in Prag etwas los ist, es sich in der Regel um eine Deutschlandbege handelt, denn die geistige und seelische Kraft, die vor allem in Prag vorhanden zu sein scheint, verpufft sich gern in Angriffen auf Deutschland. So kann es nicht überraschen, daß gewisse künstlerische Veranstaltungen in Prag von der Deutschlandbege leben, wie das auch vor einigen Wochen der Fall war mit einer Ausstellung, die eigentlich der Erinnerung an den Großen Krieg galt oder gelten sollte. Auf dieser Ausstellung wurden Auschnitte aus Hitlers Reden gezeigt, die vor dem Kriege erschienen waren, also aus einer Auffassung und Einstellung heraus, für die heute vielfach das Verhängnis steht. Aber in Prag geschah etwas ganz anderes: Alle diese Auschnitte aus Hitlers Reden, die zum Teil auch Subtilitäten waren, richteten sich gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk, gegen seine Bestimmung sowie gegen alles, was dem deutschen Volke an geschichtlichen Erinnerungen heilig und teuer ist. War das schon eine Brunnengiftung ohne Gleichen, die sich nicht gut überbieten ließ, so muß heute leider festgehalten werden, daß das in Prag doch geschah ist. In der Kunstausstellung des Kunstvereins „Manes“ sind Zeichnungen und Bilder ausgestellt, die nicht etwa aus freier künstlerischer Auffassung heraus Deutschland und den Führer mit einem Witz und einem Geißel angreifen, sondern alle diese Motive sind bewußt und überlegt auf Beschimpfung und Verhöhnung angelegt. Das hat mit geistiger und nationaler Bestimmung nichts zu tun, das ist auch keine Kunst, das ist vielmehr ein Witz, das den Beschimpften nicht mehr beleidigen kann, das aber die Urheber als in jeder Hinsicht minderwertig erscheinen läßt. Wenn ein Feldner oder Künstler Vorwürfe für überlegene künstlerische Darstellungen im Zeitgeschehen sucht, so findet er gewiß hundertfach Stoff und Anregung. Er kann dabei ruhig die Gehäße des Spottes schwingen, er kann wirklich Witz zur Schau tragen, wenn er darüber verfügt, aber er soll das eine wie das andere nur tun, wenn es nicht bewußt verkehrt und beleidigt, sondern Befreiendes und Erhebendes in sich hat.

Ganz anders bei den Schmierfinken und Subtilen des Kunstvereins Manes in Prag, denen nichts anderes einfallt, als das große deutsche Nachbarvolk und seine nationale Erhebung zu beschuldern. Freilich, der Schimpf und die Schande fällt auf den Angreifer zurück, wobei es auch keine Entlastung ist, daß ausgerechnet der tschechoslowakische Minister für Kunst und Wissenschaft, Erziehung und Unterricht die Subtilitäten mit einer Rede eröffnet, aber auch der internationalen Bärenschheit preisgegeben hat. Der tschechoslowakische Minister für Kunst und Wissenschaft führt den wenig tschechischen Namen Dr. Franke, was daran erinnert, daß es vor dem Kriege ein Witzwort gab, das sich auf das Durcheinander von Witzern und Witzschülern in der Donaumonarchie bezog. Was es im Wiener Parlament wieder einmal einen richtigen Stand, bei dem in der Regel immer ein Tscheche beteiligt war, so führte er ebenso in der Regel einen deutschen Namen: Dr. Meier oder Franke. Im Ernst, wie denkt sich die tschechoslowakische Regierung eigentlich das freundschaftliche nachbarschaftliche Verhältnis zu

Deutschland? Vor allem aber, wie stellt sie sich die Möglichkeit einer Befriedigung der Völker Europas vor, wenn es fast nur noch in Prag erlaubt ist, eine Brunnengiftung von der Art zu treiben, wie es zur Zeit im Kunstverein Manes geschieht? Das hat gar nichts mit Engerzigkeit und Empfindlichkeit zu tun, wenn sich das deutsche Volk über die „künstlerische“ Sittenverderbnis in Prag entrüstet. Denn auch in den westlichen Demokratien war und ist es üblich, sich Beschimpfungen dieser Art nicht gefallen zu lassen. Wenn es in Prag keine Möglichkeit gibt, wirklich ernste und echte Kunst auszustellen, wenn auch keine Aussicht besteht, daß es in Prag irgendwelche Leute gibt, die eine solche Ausstellung besuchen, so ist das bestimmt kein erfreuliches Zeugnis. Allein wenn schon ein Erfolg dafür geschaffen werden muß, dann mögen die tschechoslowakischen Künstler oder Schmierfinken sich ruhig in der Beschlacht der Tschechoslowaken umtun, wenigstens seit Errichtung dieses Staatswesens. Wenn die Kunst der Kunstvereins Manes nicht wissen, was internationale Höflichkeit erfordert, dann muß das

doch den Männern bekannt sein, die den tschechoslowakischen Staat vertreten.

Prag zögert bei Ausmerzung der Manes-Schmierereien

Man ist sich der klaren Lage wohl bewußt...
Prag, 13. Okt. Die unglaubliche Schmutzigkeit verschiedener Kunstwerke in der vom Schulminister eröffneten Ausstellung des Kunstvereins „Manes“ scheint sehr wohl in verantwortlichen Kreisen empfunden zu werden. So hat, wie verlautet, der Minister verschiedene Karikaturen, welche ausländische Staatsmänner betreffen, bei seinem Rundgang beanstandet. Daraufhin wurden schließlich zwei der widerlichen Schmierereien entfernt, die meisten der Zerbilder, in denen Deutschland und Italien aufs gemeinste beleidigt werden, sind aber in der Ausstellung belassen worden. Es scheint also für maßgebende tschechische Kreise fragwürdig zu sein, ob man es nur bei einem Versuch einwandfreier Haltung belassen soll, oder ob man voll und ganz die heftigsten Entstellungen unterbinden will. Es ist jedoch ein grundlegendes Erfordernis wirklicher Kultur, daß man aus der Prager Ausstellung alle Anstößigkeiten entfernt.

Am Freitag Nichteinmischungsausschuß

London, 13. Oktober. In der heutigen Kabinettsitzung wurde, wie verlautet, hauptsächlich die neue Lage besprochen, die durch die italienische Stellungnahme zu der Anregung von Dreierbesprechungen über Spanien gegeben sei. Es scheint nunmehr, daß der Nichteinmischungsausschuß erneut mit der Behandlung der Freiwilgentrage betraut werde.

Mutmaßungen der englischen Presse

Die Bankers Magazine schreibt heute, daß für Freitag oder Sonnabend eine Sitzung des Nichteinmischungsausschusses einberufen werden wird. Verschiedene Blätter erklären, es sei unwahrscheinlich, daß die Nichteinmischungsbekämpfer geistig befreit werden.
Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, wie ein Rundbericht meldet, England und Frankreich müßten im Ausnahmefall abwarten, eine Einigung über den britischen Plan vom 15. Juli herbeizuführen. Sollte danach eine größere Anzahl von Freiwilligen auf beiden Seiten zurückerufen sein, so sollten beiden Parteien die Rechte freigelegter zugestanden werden. Man würde auf äußerster Beschleunigung der Beratungen drängen. Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß ein zeitliches Ultimatum gestellt werden würde. Beide Staaten würden vielmehr auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn keine Aussicht darauf bestehe, innerhalb einer kurzen Frist zu einem Uebereinkommen zu gelangen, sie sich nicht mehr für gebunden hielten und andere Maßnahmen ergreifen könnten. Gleichseitig würden Beratungen zwischen London und Paris abgehalten werden über die Art der zu treffenden Maßnahmen. Dabei, so glaubt der Korrespondent zu wissen, werde u. a. auch die Bedrohung der französischen Verbindungslinien im Mittelmeer durch die Besetzung von Mallorca berücksichtigt werden.
Der diplomatische Korrespondent der „Times“ betont ebenso, daß die französische Regierung keine Forderung auf Befreiung der Arbeiten des Nichteinmischungsausschusses gestellt habe. Dies nur Mögliche müsse jedoch getan werden, um die Nichteinmischung wirksam zu gestalten. Die weiteren Möglichkeiten in der Mittelmeerfrage würden dabei größte Beachtung erfordern.

Die französische Presse weiter abwartend

Paris, 14. Oktober. (Fig. Funkmeldung.) Auch am Donnerstagmorgen behält die französische Presse ihre vorsichtige Haltung in der Beurteilung der französisch-englischen Spanienpolitik bei.
Der „Petit Parisien“ meint, die Durchsichtslösungen entsprächen am ehesten dem Wunsch der Volksmassen. Das „Echo de Paris“ sagt, man werde französischerseits keine Schritte unternehmen, die in der Folge die Gefahr mit sich bringen könnten, in der spanischen oder in der Mittelmeeran gelegenheit Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinetten von London und Paris heraufzubekommen. Alles, was geschähen könne, um die Ereignisse auf den Balkan zu überwaehen und dort die tätige Mitarbeit der beiden Westmächte zu bezeugen, müsse in gleichem Grade beide Staaten verpflichten. „Epoque“ schreibt, die französische Regierung nehme auf Grund des Gutachtens der Engländer von jeder überbürsten Maßnahme Abstand. Wenn wirklich lebenswichtige französische Belange auf dem Spiele ständen, müßte man entschlossen und fest durchgreifen; aber es wäre unvernünftig, sich bei der gegenwärtigen internationalen Spannung zu einer unverantwortlichen Haltung gegen irgend jemand hinsetzen zu lassen. Sollte die Besetzung Minorcas „unerlässlich“ werden, so müßte man sie mit allen Vorkehrungsmaßnahmen umgeben, um ihre Wirkung abzufschwächen.

Die deutsche Garantie für Belgien

Im Auswärtigen Amt wurden gestern, wie bereits gemeldet, zwischen der Reichsregierung und der belgischen Regierung Noten ausgetauscht, in denen die Bereitschaft Deutschlands, die Unverletzlichkeit der Grenzen Belgiens anzuerkennen, niedergelegt ist.

Die Reichsregierung bezieht sich auf frühere Erklärungen des Führers und Reichstanzlers, auf die Erklärung der britischen und französischen Regierung vom 24. April 1937, auf die Erklärung der belgischen Regierung, daß Brüssel eine Besitzt der Unabhängigkeit nach allen Seiten machen werde, und betont, ihren Standpunkt schon jetzt zu präzisieren, da der Abschluß eines des Locarno-Pakt zu erziehenden Vertrages noch geraume Zeit in Anspruch nehmen kann.
Dieser deutsche Standpunkt ist: Die deutsche Regierung stellt fest, daß die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens für die Westmächte von gemeinsamem Interesse sind. Sie bekräftigt ihren Entschluß, diese Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren, ausgenommen selbstverständlich in dem Fall, daß Belgien in einem bewaffneten Konflikt, in den Deutschland verwickelt ist, bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirken würde.
Die deutsche Regierung ist bereit, ebenso wie die Abzweckliche und die französische Regierung, Belgien Beistand zu gewähren, falls es Gegenstand eines Angriffes oder einer Invasion sein sollte.

Größte Befriedigung in Brüssel

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Freiherr v. Rüdiger, wurde Mittwoch von dem belgischen Außenminister Spaak empfangen. Im Anschluß daran empfing Außenminister Spaak die Vertreter der belgischen Presse.

Außenminister Spaak drückte seine größte Befriedigung über die deutsche Erklärung aus und hob hervor, daß damit ein wertvoller Beitrag zur Konsolidierung des Friedens in Europa geleistet worden sei. Der Minister erklärte, die belgische Regierung sehe in der deutschen Erklärung die Folge der Unabhängigkeitspolitik Belgiens, die im Ausland immer mehr gewürdigt werde. Die Bedeutung der Erklärung, die von Freiherrn v. Rüdiger unterzeichnet sei und die von einem großen Nachbarland Belgiens abgegeben werde, brauche wohl kaum besonders unterstrichen zu werden. Belgien könne sich wegen dieses Ereignisses nur beglückwünschen. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß es bis jetzt noch nicht möglich gewesen sei, den Locarno-Vertrag durch einen anderen Vertrag zu ersetzen, was nicht an dem Verschulden Belgiens liege, bemerkte der Minister, daß die deutsche Erklärung einen einleitenden Charakter in dem Maße habe, daß es gelänge, das belgische Statut durch ein neues allgemeines Abkommen zu regeln. Die belgische Regierung werde es an Bemühungen hierzu nicht fehlen lassen. Der Minister betonte weiter, daß an den Abzwecklichen Verpflichtungen sich nichts geändert habe.

Die von der belgischen Regierung veröffentlichten diplomatischen Schriftstücke sind belgischerseits mit einer Einleitung ausgegeben worden, in der die Entstehung des Notenwechsels und seine Bedeutung kurz gewürdigt werden. Belgien freue sich — so heißt es — über das Verständnis, das seine Nachbarländer ihm gegenüber bekundet hätten. Die belgische Regierung habe der deutschen Regierung ihre lebhafteste Befriedigung ausgesprochen. Sie erblicke in der deutschen Erklärung einen wichtigen

Vertical text on the left margin, likely a price list or subscription information, partially obscured.